



WID - Kompakt Nr. 17/55

- 1. Digitale Bildung an berufsbildenden Schulen**
 - 2. Situation des Justizwachtmeisterdienstes**
 - 3. Berichtsanhträge für die Landtagsausschüsse**
-

1. Digitale Bildung an berufsbildenden Schulen

Zur Situation der digitalen Bildung an berufsbildenden Schulen hat die Fraktion der CDU eine Große Anfrage an die Landesregierung gestellt ([Drs. 17/5805](#)). Sie fordert darin Auskunft über die Ausstattung der Schulen mit Computerräumen, Breitbandkapazitäten und WLAN sowie technischen Geräten zum digitalen Arbeiten in den letzten fünf Jahren. Zudem interessiert sich die Fraktion für die Nutzung des digitalen Angebotes durch die Schüler.

Die Landesregierung soll Angaben zur Anzahl der Lehrkräfte im Bereich EDV/IT und Informatik machen und den Anteil fachfremder Lehrkräfte und Quereinsteiger benennen. Die Fraktion fragt weiter, wie viele Lehrer in den letzten fünf Jahren in Ruhestand gegangen sind und wie viele eingestellt wurden.

Die Angebote an Fort- und Weiterbildungen für den Einsatz digitaler Medien im Unterricht sind ebenfalls Thema der Anfrage. Die Landesregierung soll darüber informieren, wie viele Tage einer Lehrkraft im Jahr für die Fortbildung in diesem Bereich zur Verfügung stehen. Die Fraktion möchte weiter erfahren, ob im Fortbildungsbereich Kooperationen mit Unternehmen stattfinden und wie Themen der Digitalisierung im Lehramtsstudium vermittelt werden.

Die Fraktion erkundigt sich, welche professionelle Unterstützung den Lehrkräften im IT-Bereich zur Verfügung steht und wer die Hard- und Software an den Schulen wartet, insbesondere, ob es hauptamtliche IT-Administratoren gibt und wer die Kosten solcher Stelle trägt. Die Fraktion interessiert sich auch für die Ressourcen, die vom Land dafür zur Verfügung stehen.

Die Fraktion möchte wissen, ob die Lehrpläne in den letzten fünf Jahren hinsichtlich der Digitalisierung verändert wurden, ob die Landesregierung Erkenntnisse über die Verbreitung digitaler Medien im Unterricht hat, welche Auswirkungen deren Einsatz nach Ansicht der Landesregierung auf die Organisation des Unterrichts hat und wie weit die Entwicklung landesweiter digitaler Unterrichtsmaterialien für den berufsbildenden Unterricht ist. Sie fragt weiter, mit welchen Maßnahmen das berufliche Bildungssystem auf die Anforderungen einer digitalen Arbeitswelt vorbereitet werden soll und ob Veränderungen bei den Bildungsgängen in diesem Zusammenhang geplant sind.

Zuletzt soll die Landesregierung erklären, in welcher Form das kompetenzorientierte Qualifikationsprofil zur Integration von Industrie 4.0 in die berufsbildenden Schulen übertragen wird, insbesondere, ob dabei digitale Lernfabriken wie in Baden-Württemberg oder regionale Kompetenzzentren für Industrie 4.0 geschaffen werden und ob Pilotprojekte zur Verbindung von Industrie 4.0 und beruflicher Bildung in Planung sind.

2. Situation des Justizwachtmeisterdienstes

In Rheinland-Pfalz gibt es im Bereich der ordentlichen Gerichtsbarkeit 49, im Bereich der Fachgerichtsbarkeit sechs Wachtmeistereien. Dies teilt die Landesregierung in ihrer Antwort auf eine Große Anfrage der Fraktion der CDU mit, die sich mit dem Thema „Für die Sicherheit an den Gerichten in Rheinland-Pfalz: Justizwachtmeisterdienst für künftige Aufgaben gut aufstellen“ befasst ([Drs. 17/5911](#)). Drei Staatsanwaltschaften verfügten über eigene Meistereien, so die Landesregierung.

In ihrer Antwort listet die Landesregierung zudem auf, wie viele Zellen je Gericht für Strafgefangene oder Untersuchungshäftlinge vorgehalten werden. Einheitliche Sicherheitsstandards für diese Haftzellen gebe es aufgrund der unterschiedlichen Gebäudesubstanz und der individuellen räumlichen Gegebenheiten bei den jeweiligen Gerichten nicht. Am 9. Januar 2018 sei es einem Angeklagten gelungen, aus der Gewahrsamszelle beim Amtsgericht in Speyer zu entweichen. Die Haftzelle werde derzeit nach Empfehlungen der Arbeitsgruppe „Sicherheit der rheinland-pfälzischen Gerichte und Staatsanwaltschaften“ ertüchtigt.

Im Justizwachtmeisterdienst seien insgesamt 340 Personen tätig (Stand: 1. März 2018), für die rund 12.000 Überstunden angefallen seien. Dies entspreche im Durchschnitt ca. 38 Überstunden je Justizwachtmeisterin bzw. Justizwachtmeister. Die landesweite Frauenquote im Justizwachtmeisterdienst liege bei rund 14 Prozent. Die Unterrepräsentanz von Frauen lasse sich vor allem mit einem geringen Interesse von Frauen am Justizwachtmeisterdienst und mit den dortigen speziellen Aufgaben erklären. So sei es zur Durchführung körperlicher Untersuchungen und teilweise auch spezieller Bewachungsaufgaben erforderlich, dass die Justizwachtmeisterin bzw. der Justizwachtmeister das gleiche Geschlecht habe wie diejenige Person, auf die sich die Maßnahme beziehe. Vorführungs- und Bewachungsmaßnahmen bezögen sich nach den Erfahrungswerten der Landesregierung überwiegend auf männliche Personen.

3. Berichtsansträge für die Landtagsausschüsse

Unter anderem stehen die nachfolgenden Anträge zur Behandlung in den nächsten Sitzungen der Ausschüsse an:

- Den **Einsatz von Sichtschutzwänden bei Unfällen** macht die Fraktion der SPD zum Gegenstand eines Berichtsanspruchs im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr (Vorlage 17/2898). Die Fraktion bezieht sich auf Medienberichte, wonach der Landesbetrieb Mobilität (LBM) ein Pilotprojekt zum Einsatz von Sichtschutzwänden auf rheinland-pfälzischen Autobahnen gestartet habe. Gleichzeitig verweist die Fraktion auf positive Erfahrungen in Nordrhein-Westfalen, wo derartige Sichtschutzwände bereits zum Einsatz gekommen seien, um bei Unfällen Stau und Folgekollisionen durch Gaffer zu vermeiden. Vor diesem Hintergrund wird die Landesregierung um Berichterstattung zu dem Pilotprojekt gebeten.
- Einen Bericht zum Thema **„Geschlechterdiskriminierung und Sexismus in der Werbung“** beantragt die Fraktion der CDU für den Ausschuss für Gleichstellung und Frauenförderung (Vorlage 17/2936). Hierbei stützt sich die Fraktion auf Angaben des Deutschen Werberates von 2017. Demnach habe die Zahl der Beschwerden wegen geschlechterdiskriminierender Werbung um insgesamt 12 Prozent zugenommen. Dabei sei vor allem die Kritik an der stereotypen Darstellung von Frauen gestiegen. Vor diesem Hintergrund wird die Landesregierung gefragt, ob zu diesem Thema Zahlen für Rheinland-Pfalz vorliegen und um eine generelle Einschätzung der Entwicklung gebeten.
- Die Fraktion der AfD beantragt im Innenausschuss einen Bericht zum Thema **„Qualifikationen der Bewerber für den Polizeivollzugsdienst“** (Vorlage 17/2798). Die Fraktion verweist dabei auf die Allgemeine Zeitung vom 6. März 2018, wonach es in Rheinland-Pfalz an ausreichend qualifizierten Bewerbern für den Dienst bei der Polizei fehle. Dies mache sich insbesondere an der Durchfallquote bemerkbar, die sich von 2011 bis 2014 fast verdoppelt habe. Die Landesregierung wird gebeten, Stellung zu nehmen und insbesondere darauf einzugehen, welche Maßnahmen ergriffen werden, um die beabsichtigte Aufstockung der ausgebildeten Polizei in Rheinland-Pfalz zu gewährleisten.
- Die Fraktion der FDP bittet die Landesregierung, über die **Risiken für Verbraucherdaten bei digitalen Sprachassistenten** im Ausschuss für Familie, Jugend, Integration und Verbraucherschutz zu berichten (Vorlage 17/2796). Mit Verweis auf eine Studie der nordrhein-westfälischen Verbraucherzentrale reagiere der Sprachassistent „Alexa“ von Amazon auch auf eine Vielzahl von Wörtern, die den Signalwörtern nur ähnelten. Aus Verbraucherschutz-Sicht bestünde dadurch die Gefahr, dass ungewollt Daten gesammelt würden.

- Die **Auswirkungen der US-Schutzzölle auf Rheinland-Pfalz** ist Gegenstand eines Berichts-antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr (Vorlage 17/2884). Die Fraktion macht auf die Einführung von Schutzzöllen auf Importe von Stahl und Aluminium aus der EU in die Vereinigten Staaten durch US-Präsident Trump aufmerksam und möchte vor diesem Hintergrund von der Landesregierung wissen, welche Auswirkungen sie für rheinland-pfälzische Unternehmen nach aktuellem Sach- und Wissensstand erwarten.
- Die Landesregierung beabsichtigt in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Familie, Jugend, Integration und Verbraucherschutz über die **Ausstellung „Verschweigen und Verurteilen“** zu berichten, die am 19. Februar der Öffentlichkeit im Mainzer Rathaus vorgestellt wurde (Vorlage 17/2983).